



Roter

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“

Marx/Engels: Aus dem Manifest der Kommunistischen Partei

Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg
Frieden und Freundschaft mit Russland und China!

2-2024

Internet: brandenburg.dkp.de

DDR - kleiner Staat mit langer Wirkungsdauer

Die DDR wurde am 7. Oktober 1949 als Reaktion auf die vorherige Konstituierung der BRD gegründet. Sie war auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt.

Die Vorgänge sind nur dann richtig einzuordnen, wenn man mit dem 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung, beginnt. An diesem Tag wurden die Träume des deutschen Imperialismus und Militarismus vom deutschen Tausendjährigen Reich beendet. Die Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus war noch nie in der Geschichte so erdrückend, wie 1945. Er war geschwächt, wie selten zuvor eine herrschende Klasse in der Geschichte. Die antiimperialistischen Kräfte waren selbst geschwächt.

Als die Kämpfe der Sowjetarmee gegen die faschistischen Kräfte in Berlin noch tobten, traf am 30. April 1945 eine Initiativgruppe der KPD unter Leitung von Walter Ulbricht in der Stadt ein, die sich die Aufgabe stellte, die ersten Schritte zur Überwindung der Kriegsfolgen und zum Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung einzuleiten.

Die erste deutsche Partei, die mit einem Programm an die Öffentlichkeit trat, war die KPD (11. Juni 1945). Das war ein Programm einer grundlegenden Umwälzung und des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland, der Errichtung einer einheitlichen parlamentarisch-demokratischen Republik, was sowohl den nationalen Interessen als auch dem Potsdamer Abkommen entsprach.

Der am 15.6.1945 veröffentlichte Aufruf der SPD hat wesentliche Gemein-

samkeiten offenbart. Ihre Verwirklichung wurde durch die Gruppe um Kurt Schumacher vereitelt. Sie ordneten sich der Haltung der Westmächte unter, die von Revanche und durch das „Roll back“ bestimmt war.

Die DDR ist als Alternative zu der den Frieden und sogar die Existenz der Menschheit gefährdenden Politik entstanden. Sie wurde als Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger zum Zwecke der Ermöglichung der bestmöglichen Lebensführung des Menschen in Frieden und Sicherheit für alle Völker und ihren Staaten gegründet. Sie war ein sozialer Staat und ein demokratischer.

Sie war sozial, aber, im Unterschied zur BRD, nicht durch die Zugeständnisse des Kapitals, sondern von ihrem Wesen her!

Das war der Sinn ihrer Gründung, ihrer Existenz und ihres nationalen und internationalen Wirkens. Und deshalb war sie auch ein Friedensstaat, von dem niemals die Gefahr bzw. ein tatsächlicher Krieg oder Kriegsbeteiligung ausging.

Sie war demokratisch, aber nicht im Rahmen der von den in der BRD Milliardären und Millionären zugestandenen Auslegung von Freiheit und Demokratie. Es gibt keine „westliche“ oder



Frieden als Staatsdoktrin

„Die DDR hat niemals Krieg geführt. Sie war der deutsche Friedensstaat.“ (Egon Krenz)

„östliche“ Demokratie.

Demokratie ist immer gesellschaftlich und politisch konkret und wird durch das jeweilige Adjektiv definiert - also kapitalistische oder sozialistische Demokratie.

Nicht nur die Beseitigung der DDR, die Zerschlagung der UdSSR und des Sozialismus in Europa haben das gezeigt, sondern auch das Beispiel Chile. In Chile hat man versucht, die staatliche Existenz von Sozialismus mit der bürgerlichen Demokratie zu verbinden. Der Imperialismus, besonders der der USA, bediente sich ihrer, um den chilenischen Sozialismus-Versuch zu zerschlagen.

--> Fortsetzung auf Seite 2

Aus Artikel 6 der Verfassung der DDR

(1) Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet. Sie betreibt eine dem Sozialismus und dem Frieden, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik.

...

(4) Die Deutsche Demokratische Republik setzt sich für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, für eine stabile Friedensordnung in der Welt und für die allgemeine Abrüstung ein.

(5) Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß werden als Verbrechen geahndet.

--> Fortsetzung von Seite 1



Die Pariser Verträge setzen sich aus einer Vielzahl von Abkommen, Protokollen, Resolutionen usw. zusammen. Das **Protokoll über den Beitritt Westdeutschlands zur NATO** wird am 23.10.54 unterzeichnet.

Die für Westdeutschland wesentlichen Bestimmungen dieser Verträge bestehen in folgendem: Westdeutschland wird die Aufstellung einer Armee von 500.000 Mann gestattet, die über schwerste Waffen, Luftstreitkräfte und eine Kampfflotte, einschl. U-Boote, verfügen kann.

Der westdeutschen Bundesrepublik wird gestattet, alle Waffen außer atomaren, biologischen und chemischen Waffen, Raketen, Bomber für strategische Zwecke sowie Kriegsschiffe über 3.000 t herzustellen. Die Verträge sehen jedoch kein Verbot der Einfuhr dieser Waffen vor.

Da die Verträge die Einbeziehung der westdeutschen Armee in die NATO-Streitkräfte vorsehen, gelangen die westdeutschen Militaristen in den Generalstab der NATO.

Durch den **Vertrag über die Westeuropäische Union** wird Westdeutschland auch in diese militärische Koalition Westeuropas einbezogen. Damit werden die Vormachtstellung der USA und die Position des westdeutschen Imperialismus gegenüber den übrigen westeuropäischen Ländern gestärkt. Es wird vertraglich festgelegt, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nur nach dem Muster des westdeutschen Staates geschaffen werden könne. Die westdeutsche Regierung sei die einzige, die als Vertreter des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten sprechen darf.

Mit diesen Festlegungen wird dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus der Weg für seine erneute vollständige Restauration und für den Ausbau der Bundesrepublik zum Hauptaggressionsherd der NATO in Europa geebnet.

Am 23.10.54 unterzeichnet Bundeskanzler Adenauer, entgegen dem Willen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, die Pariser Verträge. Die deutschen Imperialisten haben die Periode der Stabilisierung ihrer Macht abgeschlossen. ■ TS

Das zeigt: sozialistische Demokratie geht von da aus, wo sie im Kapitalismus nicht einmal versucht werden darf – nämlich vom Arbeitsplatz. Nur von da aus kann sie stabil aufgebaut und erweitert werden.

In den westlichen Besatzungszonen und in der BRD ging und geht es aber immer darum, Sicherheit und Profit für die Monopole zu schaffen und zu sichern. Dafür wurde der Staat und „unsere Demokratie“ geschaffen. Sie schufen ein Instrument, das als „Pfahl im Fleisch“ der DDR und des Sozialismus eingesetzt wurde!

In der Sowjetischen Besatzungszone wurde der Antifaschismus zu einem entscheidenden Faktor für die Gründung der DDR als Antwort auf die Restaurations- und Spaltungspolitik der Monopole, die von den kapitalistischen Alliierten aktiv gestützt und gefördert wurde. Er wurde ebenso zur Motivation und zum Leitfaden für die Umsetzung der Innen- und Außenpolitik der DDR in den folgenden Jahrzehnten.

Die Erfahrungen der DDR zeigen, dass die Wirksamkeit des Antifaschismus davon abhängig ist, ob die Handlungen zu seiner Verwirklichung bewusst vom Zusammenhang zwischen Monopolkapital und Faschismus, zwischen Imperialismus und Faschismus ausgehen.

Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte und die Regierungen der DDR haben berücksichtigt, dass die von den Faschisten erzielten Ergebnisse durch Täuschung der Massen möglich wurden. Die Faschisten täuschten eine Opposition gegen die Auswüchse des Kapitalismus vor und gaben sich demagogisch als Interessenvertreter des Mittelstandes, der Bauern und Arbeiter aus. Die Verfälschung der Wirklichkeit erfüllte schon

damals ihren politischen Zweck!

Die Einheit zwischen Antifaschismus und Antiimperialismus war Grundlage nicht nur für die Innenpolitik, sondern auch für die Außenpolitik der DDR, die vom Streben nach Frieden und gleichberechtigter Zusammenarbeit der Völker und ihrer Staaten zum gegenseitigen Vorteil gekennzeichnet war.

Angesichts des antisowjetischen und antisozialistischen Kurses der Alliierten und ihres offenen und verdeckten Zusammenwirkens mit den auf Restauration und Militarisierung setzenden Kreise der BRD verstärkte sich für die DDR die Notwendigkeit, eine selbständige Außenpolitik zu entwickeln, die erstmalig „im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse“ eingeschlossen war, „deren internationales Prinzip der Frieden sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht, die Arbeit“ (Marx). ■ AL



„Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“
Rosa Luxemburg

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de | www.uzshop.de



JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!
Das Abo ist gratis und endet automatisch.
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

China nicht länger geheim

Zwei Wochen visafrei in der Millionenstadt Chongqing - Ein Reisebericht

Im Südwesten gelegen, über 2.000 Kilometer von der Küste entfernt, am legendären Fluss Jangtsekiang, erstreckt sich mit 32 Millionen Einwohnern eine der größten und modernsten Städte Chinas. Direkt im Zentrum von Chongqing leben über sieben Millionen Menschen. Wer einen fünfzehnstündigen Flug dorthin nicht scheut, landet auf einem der modernsten Flugplätze der Welt. Von dort fliegen im Stundentakt Flugzeuge zu den zwei Flugstunden entfernten Küstenregionen, wie Hongkong oder Shanghai.

Unser Gastgeber holte uns mit seinem PKW, natürlich einem E-Auto, ab. Viele Fluggäste nutzen die ständig ins Zentrum pendelnde supermoderne Metro. Die Einzelfahrkarte kostet entfernungsabhängig etwa 30 Cent. Über 300 Bahnhöfe der S-Bahnen und U-Bahnen, gibt es. Statt Bettlern oder Obdachlosen wirbeln überall Putzkolonnen. Schmierereien gibt es nicht.

Wir wohnen in einer geräumigen 124 Quadratmeter großen teilmöblierten Wohnung in der 24. Etage eines der vielen Hochhäuser am Rand des Zentrums. Unser Gastgeber zahlt dafür etwa 500 Euro im Monat, Nebenkosten inklusive. Die Lebenshaltungskosten für eine Vier-Personen-Familie betragen aktuell etwa 1.600 Euro. Ein guter Facharbeiter kann nach ein- oder zwei Jahren Praxis etwa 5.000 Euro, ein Mitarbeiter im mittleren Management, wie Marketing oder Vertrieb etwa 9.000 bis 10.000 Euro im Monat verdienen. IT-Spezialisten haben Einstiegsgehälter um die 6.000 Euro im Monat.



Foto: KD

Chongqing ist eine grüne Stadt. Das Klima ist subtropisch. Smog in der Millionenmetropole wird immer seltener. In der Stadt fahren fast ausschließlich E-Autos. Der öffentliche Nahverkehr ist vielfältig, Tram, U-Bahnen oder moderne Einschienenbahnen verbinden die Einkaufstempel der Innenstadt. Diese sind größer als die bei uns in Großstädten üblichen Malls und sind zu jeder Tageszeit gut besucht. Besonders die jungen Chinesen geben viel Geld für modische Bekleidung und Kosmetika aus.

Uns beeindruckte das Bildungsinteresse der Bürger. Bereits im Kindergarten lernen die Knirpse nach Bildungsplänen. Per Handy und Tablet gibt es tagtäglich Hinweise der Erzieher und Erzieherinnen an die Eltern zu Lernerfolgen der Kleinen. Oft werden den Kindern bereits Grundkenntnisse der englischen Sprache vermittelt. Bildung wird als hohes Gut, auf das jeder Chinese stolz ist, geachtet.

Es war für uns kein Problem, sich mit Unbekannten beim Einkauf und Stadtbummel zu verständigen. Sofort werden Handys gezückt und eine App startet zum Sprachchat. Unserer Fragen werden freundlich, oft auch mit einem Lachen, beantwortet. Kriminalität? Angst vor Überwachung? Dazu konnten wir nichts feststellen. Angst vor Krieg oder „Überfremdung“? Diese Themen spielen in Chongqing, zumindest bei Gesprächen auf der Straße, keine Rolle.

Bezahlt wird auch per Handy und dem Lieferdienst mitgeteilt, wohin der Einkauf zu bringen ist. Unser Einkauf, wir wollten auch eine Kiste Bier aus dem Supermarkt mitschleppen, stand bei unserem Eintreffen bereits vor der Wohnungstür. Bargeld wird kaum verwendet, unser Gastgeber zahlt und bestellt ausschließlich über sein Handy, sagt, dass er seinen Geldbeutel seit Jahren nur noch im Ausland benutzt. Auch alle kommunalen Dienstleistungen, Anmeldungen, Umzüge, selbst Firmengründungen oder soziale Hilfsleistungen (Arbeitslosengeld und Stellenvermittlung) erfolgen per Internet.

China ist groß und weit. China ist nicht nur Chongqing. Es war für uns eine Freude zu erleben, dass hier ein friedvolles untereinander und miteinander das tägliche Leben bestimmt. Offensichtlich sind die Chinesen mit ihrer Verwaltung und Regierung zufrieden, zumindest besagen das die Einträge in den Bewertungsportalen der kommunalen Dienstleistungen und die Akzeptanz der „von oben“ angesprochenen Kampagnen zur Verbesserung des Lebens. Im Gespräch wird den obersten Repräsentanten Achtung, sogar Hochachtung gezollt. Schmähungen und grobe Kritiken, wie bei uns üblich, vielleicht auch im demokratischen Diskurs, sind dort undenkbar. ■ KD



Foto: KD



Partei der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand:

Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hartz-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit China und Russland.

Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben, in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP.

Mach mit!

 **Den Roten Brandenburger per Mail beziehen oder verteilen?**

Einfach eine Mail schreiben an:
brandenburg@dkp.de

Impressum und Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg
Mail: brandenburg@dkp.de
Internet: brandenburg.dkp.de
V.i.S.d.P.: W. Richter - c/o DKP Brandenburg -
Carl-Reichstein-Straße 2 - 14770 Brandenburg

Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität.

Unter diesem Motto versammelten sich am 3. Oktober 2024 über 40.000 Menschen in Berlin. In drei Sternmärschen zogen die Teilnehmenden zum Großen Stern im Tiergarten um für den Frieden und gegen weitere Aufrüstung zu demonstrieren.

Neben den Fahnen von DKP, SDAJ, DIDF, BSW, Linke und Naturfreunden waren die Demonstrationen vor allem durch die Teilnahme lokaler Friedensinitiativen geprägt. Stark war angesichts der Eskalation im Nahen Osten, dem anhaltenden Völkermord in Gaza und dem Krieg Israels gegen Libanon, die Solidarität mit Palästina und dem Libanon, aber auch die Forderung nach einer diplomatischen Lösung des Krieges in der Ukraine.

Auf vielen Transparenten wurde eine neue Herausforderung für die Friedensbewegung sichtbar: Die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland verhindern. Von diesen Ersts Schlagwaffen, die ab 2026 in der BRD stationiert werden sollen, gehen dramatische Gefahren für den Frieden in Europa aus. Die Raketen, ob konventionell oder atomar bestückt, machen die BRD zu einem möglichen Kriegsschauplatz. Das gilt es zu verhindern, so der Tenor auf vielen Plakaten und Transparenten. ■ TS



Fotos: TS

Ich möchte:

- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Kontakt zur nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

E-Mailadresse

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: brandenburg@dkp.de

Ich möchte die DKP Brandenburg finanziell unterstützen.

Sparkasse Märkisch-Oderland, IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20

